

Die Notwendigkeit in der Hilfe der Polizei bei der Durchführung der UN-Mandate hat sich deutlich erhöht. Die Zahl der Polizisten in Friedenssicherungseinsätzen und in besonderen politischen Missionen hat sich von 5.840 im Jahr 1995 auf mehr als 13.000 Menschen im Jahr 2015 vergrößert. Die vorrangige Aufgabe der UN-Polizei ist es, die Zahl der weiblichen Polizeibeamten an Friedenseinsätzen zu erhöhen und bei der Rekrutierung von Frauen in den nationalen Polizeidienst zu unterstützen.

Die Tätigkeit der Polizei der Vereinten Nationen ist darauf gerichtet, inländische Polizeidienste zu stärken oder wiederherzustellen. Die UN-Polizei unterstützt die Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden von Gastgeberstaaten bei den Spezialisierungen in Untersuchungen und bei der Bewältigung schwerer und organisierter Kriminalität.

Im Rahmen der Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina, der Operation in Burundi erfolgte die Unterstützung der Reformierung und des Wiederaufbaus von Polizeibehörden. Die Vereinten Nationen leisteten Hilfe während der Stabilisierungsmission in Côte d'Ivoire, Kongo und in Haiti. Die UN-Übergangsverwaltungsmissionen in Kosovo, Liberia und in Sierra Leone sind auch von großer Bedeutung.

In einigen Missionen sind die UN-Polizeibeamten für alle Polizeiaufgaben zuständig und tragen die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung. Sie dürfen in Übereinstimmung mit dem Mandat der Mission und spezifischen Richtlinien Einzelpersonen aufhalten, inhaftieren und durchsuchen, wie dies in Kosovo und in Osttimor der Fall war. Die UN-Polizei wird jedoch nach den Rechtsvorschriften des Aufnahmelandes nicht als Strafverfolgungsbehörde angesehen, und ihre Befugnisse sind begrenzt. Sie spielt auch eine Schlüsselrolle beim Schutz von Personal und Einrichtungen der Vereinten Nationen auf dem Gastgeberlandterritorium.

*Sprachberaterin G. M. Sorokina*

UDC 341.123

**K. W. SLOBINA, M. O. KORNIJENKO**

*Charkiw Nationalen Universität des Innern, Ukraine*

## **AUFGABEN DER POLIZEIEMISSIONEN MIT DEUTSCHER BETEILIGUNG**

Die Aufgaben der Polizeimissionen mit deutscher Beteiligung zeigen die Entwicklung der internationalen Bemühungen um Konfliktprävention und deren Bewältigung. Anfang der 1990er Jahre dominierte die Unterstützung von Prozessen in Staaten, die sich auf dem Weg von einem

autoritären System zur Demokratie befanden. Als Ausgangspunkt kann man die Beteiligung der Beamten des BGS an der Mission in Namibia nennen, wo sie den Auftrag hatten, die lokale Polizei zu überwachen und die Wahlvorbereitungen zu beobachten. Über ähnliche Befugnisse verfügten die Polizisten in Kambodscha von Mai 1992 bis August 1993. An der Mission nahmen damals 105 Kräfte des BGS teil. Ein kleines Kontingent begleitete von Juni 1993 bis Juni 1996 die UN-Mission in der Westsahara.

Eine neue Phase der Polizeimissionen begann mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien. Das Bild der Polizeimissionen prägte zu dieser Zeit die Unterstützung des Aufbaus und der Reform von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden durch Ausbildung und Beratung, durch die Kontrolle und Beobachtung der lokalen Sicherheitskräfte. Bosnien-Herzegowina stand dabei im Mittelpunkt. Die Präsenz der internationalen Kontingente sollte dort und in Mazedonien das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitskräfte erhöhen. Die Situation forderte, dass der Schwerpunkt der Tätigkeit der Mission sich dabei auch auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität verlagerte.

Mit der 1999 gestarteten Mission in Kosovo wurde eine neue Stufe der internationalen Polizeimissionen erreicht. Den Kräften der Mission wurde die Aufgabe gestellt, alle präventiven und repressiven Polizeiaufgaben einschließlich der grenzpolizeilichen Aufgaben wahrzunehmen. Die Personalstärke in Kosovo betrug bis zum März 2008 mehr als 2.500 Beamte.

Mit kleinen Teams (zwischen fünf und zwanzig Personen) beteiligte sich die BRD an den UN-Missionen in Liberia und im Sudan sowie an der EU-Mission in den palästinensischen Autonomiegebieten.

Ein eigenes Profil weisen die Unterstützungsmissionen für den Grenzbereich auf. An der Grenze zwischen der Republik Moldau und der Ukraine hat die EU im Juni 2005 eine Border Assistance Mission mit etwa 200 Polizei- und Zollbeamten aus der EU und weiteren Staaten eröffnet, welche die lokalen Behörden bei der Bekämpfung der Grenzriminalität unterstützt und eine bessere Zusammenarbeit der Grenzkräfte beider Staaten fördern sollte.

*Sprachberaterin G. M. Sorokina*